

Rehburg-Loccum prüft rechtliche Schritte

MT
17.10.92.

Stadtrat wendet sich in einstimmiger Resolution massiv gegen Pläne des RP Detmold

Stadt Rehburg-Loccum (mt). Mit dem Vorerkundungsverfahren über mögliche Standorte für eine Sonderabfalldeponie an der Landesgrenze in Petershagen befaßte sich der Rat der Stadt Rehburg-Loccum. Die Politiker beschlossen einstimmig eine Resolution an den Regierungspräsidenten Detmold.

„Das Verfahren einer Standortsuche für eine SAD im Regierungsbezirk Detmold berührt massiv die Interessen der Stadt Rehburg-Loccum, da alle Bemühungen, mit den vielschichtigen Problemen der Sonderabfalldeponie Münchenhagen fertig zu werden, bereits durch derartige Planungsabsichten, erst recht im Falle der Realisierung dieser Vorhaben, zunichte gemacht werden“, stellt der Rat fest.

Die jahrelangen intensiven Bemühungen, die Auswirkungen der

Sonderabfalldeponie Münchenhagen zu beseitigen, würden sich mit einem Schlag als gegenstandslos erweisen. Neben der technischen Sanierung sei eines der wichtigsten Leitziele der Arbeit in den Münchenhagen-Gremien, die Rufschädigung des gesamten Raumes zu beseitigen.

„Es läßt sich nach den Erfahrungen im Umgang mit dem gesamten Problembereich der Sonderabfalldeponie Münchenhagen leicht ausrechnen, was allein die Planungsabsicht der Bezirksregierung Detmold für den gesamten Raum bedeutet“, wird in die Zukunft geblickt. Die von den Auswirkungen der SAD Münchenhagen betroffene Landwirtschaft habe dann endgültig ihre Existenzmöglichkeiten verloren, uneingeschränkte Wohn- und Lebensqualität wäre nicht

mehr zu gewährleisten.

Für die Stadt Rehburg-Loccum ist unverständlich, daß die Bezirksregierung Detmold ein Vorerkundungsverfahren für eine neue Sonderabfalldeponie durchführt, das diese Gesichtspunkte völlig unberücksichtigt läßt. Das Verhalten der Bezirksregierung Detmold werde um so verständlicher, als sie stimmberechtigtes Mitglied im Münchenhagen-Plenum und über die Problematik informiert sei.

Die Stadt fordert die sofortige Einstellung des Vorerkundungsverfahrens im Umfeld der SAD Münchenhagen. Der Rat erklärt, daß alle zu Gebote stehenden rechtlichen und politischen Mittel ausgeschöpft werden sollen, um das weitere Verfahren der Standortsuche zu verhindern, um Schaden von der Region abzuwenden.